



**Wirtschaft  
Initiative pro AGB-Recht  
Standortvorteil Deutschland  
Fair, Innovationsfördernd, Rechtssicher  
Februar 2023**

Unser Ziel

Die Initiative pro AGB-Recht besteht aus rund 40 Verbänden aller wichtigen deutschen Berufs- und Wirtschaftsbranchen. Gemeinsam setzen wir uns seit über 10 Jahren dafür ein, den wesentlichen Standortvorteil Deutschlands auch künftig zu sichern – faire Verträge im berechtigten Interesse aller beteiligten Vertragspartner.

Nicht nachvollziehen können wir, warum die Justizministerinnen und Justizminister der Bundesländer diesen wesentlichen Standortvorteil Deutschlands in Frage stellen.<sup>1</sup>

Unsere Gründe

Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) fördert seit Jahrzehnten Gerechtigkeit und Rechtsfrieden im unternehmerischen Geschäftsverkehr und hat sich bewährt. Es verhindert unfaire Vertragsbedingungen und schützt vor einseitigen, unangemessenen Benachteiligungen und Risikoübertragungen. Die Vertragspartner können auf klare Kriterien für die rechtssichere Gestaltung ihrer Verträge auch mit AGB zurückgreifen. Für die von der Initiative pro AGB-Recht vertretenen deutschen Wirtschaftsteilnehmer ist diese Planungs- und Rechtssicherheit von grundlegender Bedeutung.

Das AGB-Recht für Verträge zwischen Unternehmen ist mit seinen bewährten Regeln auch künftigen Herausforderungen gewachsen. Es sorgt sowohl bei etablierten als auch bei neuartigen Geschäftsmodellen für einen angemessenen Interessenausgleich entlang der gesamten Liefer- und Leistungskette.

Geschäftsmodelle, deren wirtschaftlicher Erfolg davon abhängt, Risiken einseitig auf den in der Regel kleinen oder mittelständischen Vertragspartner zu übertragen, sind weder innovativ noch schutzwürdig. Hieran ändern weder geopolitische noch technische Entwicklungen etwas. Insbesondere angesichts zunehmender Automatisierung ist ein wirksamer Schutz vor unangemessenen Risikoübertragungen besonders wichtig, damit nicht alle Risiken automatisch auf den Schultern derjenigen landen, die diese Risiken am wenigsten beherrschen oder tragen können.

<sup>1</sup> Mit Beschluss vom 10. November 2022 wird der Bundesminister der Justiz gebeten, konkrete Vorschläge für eine Reform des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr zu erarbeiten.

Das AGB-Recht fördert die Digitalisierung und die Innovationstätigkeit des deutschen Mittelstandes, indem es die Transaktionskosten gering hält. Unternehmer können Verträge ohne Sorge vor Haftungsfallen und anderen unvorhersehbaren Risiken durch einseitig gestellte Klauseln ihrer Vertragspartner schließen. Beratungskosten wegen anwaltlicher Vertragsprüfungen entfallen oder werden in überschaubaren Grenzen gehalten. Dies ist ein großer Kosten- und Standortvorteil Deutschlands gegenüber anderen Rechtsordnungen, die etwa im angelsächsischen Raum einen vollkommen anderen Ansatz verfolgen.

Das AGB-Recht bewahrt und schützt zudem die Vertragsfreiheit. Sie setzt voraus, dass sich die Vertragspartner auf Augenhöhe begegnen. Wer aufgrund seiner Marktposition nicht in der Lage ist, die Vertragsbedingungen des Vertragspartners abzulehnen, verhandelt nicht und verhandelt vor allem nicht frei. Um auch in diesen Fällen die erforderliche Augenhöhe herzustellen, bedarf es des AGB-Rechts. Davon abgesehen kann jeder gesetzlich zulässige Vertragsinhalt individuell vereinbart werden. Das AGB-Recht schränkt diese Freiheit nicht ein.

Die von der Initiative pro AGB-Recht vertretenen Wirtschaftsteilnehmer sind sich der Vorteile des Rechts „made in Germany“, einschließlich des AGB-Rechts bewusst. Sie treten deshalb auch bei internationalen Geschäftsabschlüssen entschieden dafür ein, deutsches Recht zur Vertragsgrundlage werden zu lassen. Von einer Flucht in fremde Rechtsordnungen kann in keiner der hier vertretenen Branchen die Rede sein. Dass ausländische Investoren die ihnen bekannten Rechtsordnungen bevorzugen, ist nachvollziehbar, aber kein überzeugendes Argument, das deutsche AGB-Recht einzuschränken oder zu verwässern.

Die Initiative pro AGB-Recht warnt eindringlich davor, die Klarheit und Sicherheit des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie den damit verbundenen Fairness-Schutz als wesentlichen Standortvorteil Deutschlands ohne Not leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Den eingangs genannten Schritt der Justizministerinnen und Justizminister lehnen wir mit allem Nachdruck ab!

ArGeZ - Arbeitsgemeinschaft Zulieferindustrie, Düsseldorf  
 bauforumstahl e.V., Düsseldorf  
 BDB Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e. V., Berlin  
 Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK), Berlin  
 Bundesingenieurkammer e.V., Berlin  
 Bundesindustrieverband Technische Gebäudeausrüstung e.V., Bonn  
 BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e.V., Berlin  
 Bundesverband Druck und Medien e. V., Berlin  
 Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz, Frankfurt/Main  
 Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V., Bad Honnef  
 BDG - Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V., Düsseldorf  
 Bundesverband Metall - Vereinigung Deutscher Metallhandwerke, Essen  
 Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie e.V. (BSI), Bonn  
 Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V., Bonn  
 GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin  
 Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Berlin  
 Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin  
 Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB), Bonn  
 Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH) e.V., Berlin  
 Deutscher Asphaltverband (DAV) e.V., Bonn  
 Deutscher Bauernverband e.V., Berlin  
 Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin  
 Deutscher Stahlbau-Verband DSTV e. V., Düsseldorf  
 Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV), Berlin  
 Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V. (Gesamtverband textil+mode), Berlin  
 Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., Berlin  
 Händlerbund e. V. (Händlerbund), Leipzig  
 Markenverband e.V., Berlin  
 Verband Beratender Ingenieure VBI, Berlin  
 Verband der Deutschen Lederindustrie e.V., Frankfurt/Main  
 Verband der Deutschen Möbelindustrie e.V., Bad Honnef  
 wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V., Frankfurt/Main  
 WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V., Düsseldorf  
 Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V., Berlin  
 Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH), Frankfurt/Main  
 Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH), Berlin  
 Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V., Bonn  
 ZVHSK Zentralverband Sanitär Heizung Klima, Sankt Augustin  
 Zentralverband des Tankstellengewerbes e.V. (ZTG), Bonn